



**Uwe Schummer**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Obmann für Bildung und Forschung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Arbeitnehmergruppe im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73484

FAX: (030) 227 – 76992

E-Mail: [uwe.schummer@bundestag.de](mailto:uwe.schummer@bundestag.de)

Homepage: [www.uwe-schummer.de](http://www.uwe-schummer.de)

## **EU-Finanztransaktionssteuer endlich einführen**

Berlin (15.08.2011) Der stellvertretende Vorsitzende des Arbeitnehmerflügels der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Uwe Schummer, MdB, fordert schnellere und konkretere Regeln „um das Finanzmonster zu bändigen.“ Wirtschaftliche Macht werde unweigerlich zu politischer Macht. Dass drei Ratingagenturen selbstherrlich das Schicksal über ganze Volkswirtschaften übernommen haben, sei ein "massiver Verstoß gegen die besten Grundsätze marktwirtschaftlicher Ordnung. Marktwirtschaft lebt von Wettbewerb und Machtverteilung," kritisiert Uwe Schummer. "Ratings arbeiten mit sich selbst erfüllenden Prophezeiungen, ohne dass sie bei fehlerhafter Arbeit zur Rechenschaft gezogen werden."

So fordert der Unionsabgeordnete eine Entmachtung und Entflechtung der Ratingagenturen, die europaweite Einführung einer Finanztransaktionssteuer und das generelle Verbot von fiskalischen Massenvernichtungswaffen wie Leerverkäufen ohne konkreten wirtschaftlichen Hintergrund. Europaweit sollten die Einnahmen der Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung eines Stabilisierungsfonds für den Euro eingesetzt werden. Die Börse müsse "wieder eine dienende Funktion für die reale Wirtschaft erhalten." Das Monster gehöre an die Kette gelegt. Wer wie die Finanzwirtschaft ständig nach dem Staat rufe, müsse nach dem Verursacher-Nutznieser-Prinzip auch zur Stabilisierung des Euro, unserer gemeinsamen Währung beitragen. Berechnungen zeigten, dass bereits eine Finanztransaktionssteuer von 0,05 Prozent in Deutschland zu Einnahmen von 0,7 bis 1,5 Prozent des BIPs, folglich für das Jahr 2010 einen Betrag von 17,5 bis 37,5 Mrd. Euro, führen würden, und damit das Risiko des deutschen Steuerzahlers deutlich verringerten.

PRESSMITTEILUNG